



STADT ASCHAFFENBURG				
EINGANG				
17.01.2025				

KI* – c/o J. Zahn - Brauergasse 5 - 63743 Aschaffenburg

An den Oberbürgermeister
Jürgen Herzing

Den Medien zur Kenntnis

Aschaffenburg, 17.01.2025

Antrag - Prüfung des Grundsteuer-Hebesatzes auf Einhaltung der versprochenen Aufkommensneutralität

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Kommunale Initiative (KI) und die ÖPD stellen folgenden Antrag. Der Stadtrat möge beschließen:

- 1. Überprüfung der Grundsteuer-Hebesatzanpassung:** Die Stadtverwaltung wird beauftragt, eine detaillierte Analyse der Auswirkungen des neuen Hebesatzes B (430 Prozentpunkte) auf das Steueraufkommen und die Belastung der Bürger:innen vorzulegen. Dabei ist insbesondere zu prüfen, ob die versprochene Aufkommensneutralität eingehalten wurde.
- 2. Transparente Kommunikation:** Die Stadtverwaltung wird aufgefordert, die Bürger:innen umfassend über die Grundsteuerreform und deren Folgen zu informieren. Dazu wird ein öffentlich zugänglicher Bericht erstellt und auf der städtischen Website sowie in lokalen Medien veröffentlicht.
- 3. Prüfung von Entlastungsmöglichkeiten:** Sollte die Analyse ergeben, dass durch den neuen Hebesatz eine Mehrbelastung entstanden ist, werden Vorschläge zur Senkung des Hebesatzes erarbeitet und dem Stadtrat vorgelegt.
- 4. Dialog mit den Bürger:innen:** Es wird vorgeschlagen, eine Bürgerversammlung zum Thema „Grundsteuerreform und deren Auswirkungen“ abzuhalten, um Transparenz und Bürgerbeteiligung zu fördern.

Begründung: Die jüngst umgesetzte Grundsteuerreform hat für viele Bürger:innen zu teilweise erheblichen Änderungen bei der Grundsteuer geführt. Wir sehen in der Erhöhung des Hebesatzes auf 430 Prozentpunkte eine mögliche Belastung, die einer genaueren Prüfung bedarf, insbesondere im Hinblick auf das Versprechen der Aufkommensneutralität. Es ist daher sicherzustellen, dass die Grundsteuerreform nicht zu sozialen Ungerechtigkeiten führt. Durch die Anpassung der Grundsteuer werden zudem Mieter:innen ab 2026 mittelbar belastet, was sozialen Unfrieden verursachen könnte. Ein vorausschauendes Handeln ist daher essenziell, um mögliche Konflikte zu vermeiden und das Vertrauen in die Kommunalpolitik zu stärken.

Mit freundlichen Grüßen

Bernhard Schmitt, Stadtrat, ÖDP

Jürgen Zahn, Stadtrat, KI